

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussvorsitzender Dr. Günther Schulte

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir

Ausschussmitglied Christina Heide

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers

Freie Jugendhilfe

Ausschussmitglied Petra Heiler-Klene (Vertretung)

Ausschussmitglied Andreas Koût

Ausschussmitglied Gerda Rohlfing

Ausschussmitglied Rüdiger Schaarschmidt

beratende Mitglieder

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Doris Voges

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

in der Jugendhilfe erfahrene Person

beratendes Mitglied Bernhard Busemann

beratendes Mitglied Alexander Witton

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied Renate Sopp-Dreyer
Vertretung Kerstin Saathoff

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Leiter des Jugendamts

beratendes Mitglied Jörg Ratzmann

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Jugendamt

Britta Baumgart
Kirsten Duschak
Rolf Menzel
Stephanie Wolf
Protokollführer Rainer Päsler

Gäste

Mitglied Jugendparlament Jana-Marie Klein
Mitglied Jugendparlament Matthew von Fintel
Mitglied Jugendparlament Hannes Witte

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Cordula Franke
Ausschussmitglied Elke Heckmann
Grundmandat Irina Moriß-Kappes
in der Jugendhilfe erfahrene Person Klaus Puschmann
beratendes Mitglied Petra Schrecker-Steinborn
Ausschussmitglied Astrid Zaage

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10. März 2021
- 4 Vorstellung Vorstand Jugendparlament durch Jugendpflege - Herr Jan Gerjets
- 5 Vorstellung Jahresbericht Beratungszentrum - Herr Rolf Menzel
- 6 Bericht "Frühe Hilfen/Präventionskette" - Frau Britta Baumgart/Frau Kirsten Duschak
- 7 Auswirkungen der Corona-Pandemie
 - 7.1 Auswirkungen auf die Kindertagespflege und die Betreuung in Kindertageseinrichtungen
 - 7.2 Auswirkungen auf die Arbeit des Jugendamtes - Bericht des Jugendsozialdienstes
- 8 Protokoll Jugendhilfeausschuss
- 9 Mitteilungen und Anfragen

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Schulte eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte Herrn Alexander Witton und Frau Kerstin Saathoff als nicht stimmberechtigte beratende Mitglieder und verpflichtete beide gemäß § 60 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG).

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Heide bat um Aufnahme unter 9. Mitteilungen und Anfragen des Punktes: „Auswertung der digitalen KiTa-Anmeldung“.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10. März 2021

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10. März 2021 wurde einstimmig genehmigt

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorstellung Vorstand Jugendparlament durch Jugendpflege - Herr Jan Gerjets

Herr Ratzmann stellte in Vertretung für den zu diesem Zeitpunkt verhinderten Stadtjugendpfleger Herrn Gerjets das in 2020 neu gewählte Jugendparlament vor. Unter den Pandemiebedingungen wurde im Oktober 2020 gewählt. Mit den daraus resultierenden Verzögerungen konnte sich das Parlament am 22.04.21 konstituieren und wählte seinen Vorstand. Er begrüßte ebenfalls die anwesenden Vorstandsmitglieder und bat darum, sich dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Herr von Fintel stellte sich dem Jugendhilfeausschuss als neu gewählter 1. Vorsitzender des Jugendparlamentes vor. Er sei Schüler der Cäcilien Schule und bereits zum vierten Mal ins Jugendparlament gewählt worden. Vorstandsarbeit sei ihm bereits aus der vorhergehenden Amtsperiode bekannt. Großen Wert lege er auf die überregionale Vernetzung der parlamentarischen Jugendaktivität, was sich im JuPa Netzwerk ausdrücke und mehrere Jugendparlamente in Niedersachsen verbinde. Überregionale Arbeit mit Jugendparlamenten erhöhe die Chancen, etwas lokal zu bewirken. Er nannte hierbei beispielhaft das Thema der Schülerbeförderung. In der vorangegangenen Sitzung des Jugendparlamentes wurde eine AG Offenheit und Toleranz aus der Mitte des Gremiums gebildet.

Herr Witte berichtete, dass er zum ersten ins Jugendparlament und ebenso in den Vorstand gewählt wurde und sich auf die parlamentarische Arbeit freue. Das Thema der Radwege, das bereits die ersten Jugendparlamente beschäftigte, werde als Schwerpunkt in die Vorhabenliste aufgenommen.

Frau Klein sei mittlerweile zum zweiten Mal im Jugendparlament aktiv und beide Male auch im Vorstand des Jugendparlaments tätig. Sie setze sich dafür ein, die politische Aktivität in der Jugend zu fördern und Plattformen dafür zu schaffen. Die Podiumsdiskussionen vor politischen Wahlen durch das Jugendparlament haben gute Erfolge erzielt.

Herr von Fintel fügte ergänzend hinzu, dass die Arbeit des Jugendparlamentes künftig über die sozialen Medien dargestellt und verbreitet werden.

Herr Dr. Schulte dankte dem Vorstand für die Vorstellung und ermunterte die Jugend, sich in das Kommunalpolitische Geschehen einzumischen.

Herr Ehlers unterstrich diese Aussage und rief die Jugend dazu auf, an der politischen Arbeit teilzuhaben und mitzumachen.

Herr Ratzmann bemerkte abschließend, dass das JuPa wie bisher ein offenes Ohr im Jugendhilfeausschuss habe und als Bereicherung der Jugendarbeit gelte.

5 Vorstellung Jahresbericht Beratungszentrum - Herr Rolf Menzel

Herr Menzel stellte sich dem Ausschuss vor und berichtete, dass nach 20jähriger Tätigkeit im Beratungszentrum kürzlich die Leitung in Nachfolge von Reinhard Vandree angetreten habe. Aktueller Anlass für die Vorstellung im Jugendhilfeausschuss sei der kürzlich verfasste Jahresbericht der Einrichtung.

Das Team des Beratungszentrums für Kinder, Jugendliche und Eltern bestehe aus 4 Planstellen für die pädagogische und psychologische Beratung, die sich auf 5 Mitarbeitende aufteilen, sowie einer Teamassistentin.

Der rechtliche Rahmen für die Arbeit des Beratungszentrums ergebe sich aus § 28 des SGB VIII und beziehe sich auf die einzelfallbezogene psychologische Beratung, die folgende Schwerpunktthemen in der Erziehungsberatung umfasse:

- Problematiken in der Familie, wie Partnerschafts-, Erziehungsfragen, etc.
- Entwicklungsauffälligkeiten von Kindern
- Schulschwierigkeiten

Darüber hinaus habe das Beratungszentrum noch folgende Angebote:

- Mediation und gerichtsnahe Beratung
- Fachberatung und Supervision für Fachpersonal in der Kinder- und Jugendarbeit
- Leistungsdiagnostik für Schülerinnen und Schüler
- Offene Sprechstunden (Christus Kindergarten, KiTa Bant II)
- Beratung und Therapie bei sexuellem Kindesmissbrauch, sowie Vernachlässigung

Wichtig in dieser Beratungstätigkeit sei es, zusammen mit den Familien, mit den Eltern ein Verständnis dafür zu entwickeln, welche familiären Hintergründe bestünden, um damit gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln.

Er betonte die Bedeutung der Anmeldung im Beratungszentrum, die bereits im Vorfeld eine sensible Steuerung der Anliegen vornehme.

Im Erstgespräch werden die Verschwiegenheit, die Freiwilligkeit und Kostenfreiheit des Angebotes festgehalten.

Die reguläre Wartezeit für Beratungszentrum liege im Schnitt zwischen 4 und 6 Wochen. In 2020 konnte diese Vorgabe aufgrund der Pandemiebedingungen nicht immer eingehalten werden.

Mit 480 Anmeldungen lag der Beratungsbedarf ungewöhnlich hoch und es konnten 309 Fälle abgeschlossen werden. Diese Diskrepanz beziehe sich zumeist auf die Einschränkungen durch das Pandemiegeschehen. Durch den Einsatz der telefonischen Beratung konnte der Dienstbetrieb aufrecht erhalten bleiben.

Eine deutliche Zunahme (etwa 80%) konnte im vorangegangenen Jahr bei den depressiven Störungen von Jugendlichen festgestellt werden. Hierbei sei die Corona-Pandemie nicht zwingend Ursache der Störung, aber verstärkender Faktor bereits bestehender Störungen.

Herr Menzel würdigte abschließend die Arbeit seines Vorgängers Reinhard Vandree, er habe ein gut strukturiertes „Haus“ übernommen und drückte seinen Dank aus.

Herr Koût bedankte sich für den Vortrag und fragte ergänzend dazu nach der Vorgehensweise bei der Terminvergabe in Krisensituationen. Die übliche Wartezeit scheine ihm hierfür zu lang. Sei es darüber hinaus möglich, offene Sprechstundenangebote zu erweitern oder weitere Angebotsmöglichkeiten zu schaffen.

Herr Menzel berichtete, dass in akuten Fällen, ein Beratungsangebot in 48 Stunden gemacht werden könne. Eine Erweiterung der offenen Sprechstunden sei unter der aktuellen Situation nicht möglich. Aufsuchende Arbeit werde nicht durch das Beratungszentrum geleistet. Auf Verständnisfragen von Frau Bakir berichtete er, dass die Diskrepanz zwischen den Anmeldungen in 2020 (480) und den abgeschlossenen Beratungen (309) pandemiebedingt entstanden sei. Durch die Unterbrechung in der Präsenzberatung sei es teilweise zu Abbrüchen gekommen. Anpassungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen seien festzustellen, da sich die pandemiebedingte soziale Isolation negativ auf die Kindesentwicklung auswirke.

Frau Biermann drückte ihre Beunruhigung über den Anstieg der depressiven Störungen Jugendlicher aus und fragte in diesem Zusammenhang nach dem Anteil ausländischer junger Menschen.

Herr Menzel berichtete, dass dieser Anteil in den Beratungen eher gering ausfalle.

Herr Bolten würdigte die wichtige Arbeit des Beratungszentrums und fragte Herrn Menzel, ob das bestehende Personal für Aufgabenerfüllung auskömmlich sei.

Herr Menzel antwortete, dass mit der momentanen Situation und Auftragslage die Personalsituation auskömmlich sei, auch wenn das letzte Jahr höhere Kapazitäten einforderte.

Herr Schönfelder ergänzte abschließend, dass der Bericht dem Protokoll beigelegt werde.

6 Bericht "Frühe Hilfen/Präventionskette" - Frau Britta Baumgart/Frau Kirsten Duschak

Frau Baumgart berichtete dem Ausschuss über das Projekt der Präventionskette und der Frühen Hilfen. Den Schwerpunkt haben sie auf die Präventionskette gelegt. Sie verwies auf die verteilten Flyer.

„Gesagt/getan“ sei das neue Instrument zu dem Vorhaben „Gesund aufwachsen für alle Kinder“ der Präventionsketten Niedersachsen, die das hiesige Projekt coachen und unterstützen. Sie stellte die Erfolge in dieser Arbeit anhand der Informationsflyer

- „Jetzt werde ich ein Schulkind!“
- „BuT – Leistungen ab Geburt“
- „In 5 Schritten zur...“

dem Ausschuss vor und betonte die gute und wirksame Zusammenarbeit in den Netzwerken.

Frühe Förderung von Kindern sei nicht nur entwicklungsfördernd, sondern senke ebenso für die Öffentlichkeit mögliche Folgekosten. Über das Bildungs- und Teilhabepaket können viele Aktivitäten gefördert werden, wie Babyschwimmen und -massage oder Eltern-Kind-Turnen, was nicht überall bekannt sei. Dieser Flyer setze bei dieser Informationsweitergabe an.

Auch überregional haben die erstellten Flyer gute Resonanz und Anerkennung gefunden.

Von Frau Duschak und ihr werde diese Arbeit koordiniert, die aber nur durch die gute und aktive Netzwerkarbeit der einzelnen Partner möglich sei, die die Kontakte und die Wirkungskreise in die Bevölkerung haben.

In 2021 und 2020 würden als weitere Schritte die Netzwerkstrukturen gefördert, die zu Beginn der Corona-Pandemie in der Kommunikation etwas gelitten hatten. Der entwickelte Newsletter hielt aber die Netzwerkpartner in Kontakt. Für die Gesundheitsregion Jade-Weser seien gute Kontakte und Kooperationen zu den Landkreisen Friesland und Wesermarsch geknüpft worden.

Frau Duschak ergänzte, dass die Zusammenarbeit dem NaVi Netzwerk über die evangelische Familienbildungsstätte sehr gewinnbringend für die Kontaktaufnahme zu der Gruppe der Migrantinnen und Migranten sei. Die Übersetzung der Flyer in verschiedene Sprachen, aber vor allem in Leichter Sprache sei in dieser Kommunikation sehr wichtig und erfolgreich.

Herr Ratzmann drückte abschließend sein Lob aus, dass trotz der Pandemie-Bedingungen, die für eine fruchtbare Netzwerkarbeit sehr schädlich sind, die Netzwerke auf unterschiedlicher Art am Laufen gehalten wurden.

7 Auswirkungen der Corona-Pandemie

7.1 Auswirkungen auf die Kindertagespflege und die Betreuung in Kindertageseinrichtungen

Herr Ratzmann berichtete, dass die Kindertagespflege auch unter den Corona-Bedingungen stabil und sicher weitergelaufen seien. Tagesmütter hätten weiterhin bis zu 5 Kinder in der Betreuung halten können und verzeichneten selbst kaum Krankenzeiten. Er kündigte an, das Familien- und Kinderservicebüro (FaKis) ebenfalls in eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses einzuladen.

Im Bereich der Kindertagesstätten seien die Verhältnisse aber anders gelagert. Aktuell habe das Jugendamt sich beim Impfzentrum dafür eingesetzt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesstätten in die Impfpriorität 2 eingeordnet werden. Diese Regelung wurde leider wieder eingeschränkt, da sich alle Personen über das Impfportal registrieren müssen. Das habe zu Unstimmigkeiten im Personal der Kindertagesstätten geführt. Aktuell könne er aber berichten, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entweder einen Impftermin erhalten haben bzw. geimpft seien.

Die Entwicklung zeige nun, dass der Betrieb in den Kindertagesstätten im Szenario B (Teilung der Gruppen) Schwachstellen habe. Wenn eine Fachkraft krankheitsbedingt (keine Corona-Erkrankung) ausfalle, werde die gesamte Teilgruppe geschlossen, da eine interne Vertretung innerhalb der Kindertagesstätte nicht möglich sei. Dies erzeuge bei den betreffenden Eltern Stress und Unmut.

Der eingeschränkte Betrieb tue den Kindern allerdings nicht gut, da ihnen Fertigkeiten und Erlerntes wieder abhandenkämen.

Herr Schaarschmidt betonte, dass die Mitarbeiterinnen, die im Impfzentrum Hilfe leisten, dies ehrenamtlich tun und nicht dienstlich abgeordnet seien. Er erinnerte noch an die Vereinbarungen zur stufenweisen Anhebung der Tagessätze in der Kindertagespflege, die in 2022 ihre letzte Stufe erreiche. Es werde wieder erforderlich sein, hierüber zu verhandeln, da unter heutigen Gesichtspunkten der Verdienst für die Tagesmütter damit nicht auskömmlich sei.

Anmerkung: Bei der Genehmigung des Protokolls wurde an dieser Stelle die Änderung beschlossen, dass die Äußerung von Herrn Schaarschmidt sich auf Test- und nicht auf Impfzentren bezog.

Frau Stomberg richtete die Frage an Herrn Ratzmann, wie man im Kontext der Mitarbeitenden an Kindertagesstätten und Schulen mit dem Thema Impfverweigerung umgehe und ob es hierzu Strategien gebe.

Herr Ratzmann berichtete, dass alle Leitungen der Kindertagesstätten ihre Impfbereitschaft erklärt haben, aber eine Impfpflicht gebe es nicht. Man setze auch

hier unter den aktuellen Bedingungen auf eine freiwillige Impfbereitschaft.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich Herr Schaarschmidt und Herr Busemann.

7.2 Auswirkungen auf die Arbeit des Jugendamtes - Bericht des Jugendsozialdienstes

Herr Ratzmann berichtete, dass der Jugendsozialdienst (JSD) mit großen Einschränkungen und Veränderungen in der Arbeitsweise kontinuierlich ihre Aufgaben wahrnahm.

Man habe es durch Corona aber mit einer neuen Problematik zu tun, die vor allem den Einsatz bei COVID 19-infizierten Personen betrifft. In der ohnehin sehr angespannten Situation eines Einsatzes sei dieser von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des JSD auch nur in kompletter Schutzkleidung durchführbar. Bei Krisensituationen führe das bei den Beteiligten des Einsatzes zu erheblichen Irritationen bzw. höhere Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des JSD. Zusammen mit Herrn Menzel habe man strategisch an einem Fahrplan gearbeitet, um diese Irritationen abzubauen.

Die Schwierigkeit, COVID 19 – positiv getestete Kinder bei Inobhutnahmen unterzubringen, habe sich als schwierig herausgestellt. Es habe sich aber ein Träger gefunden, der diese Kinder aufnehme.

Weiterhin arbeite der JSD in Kohorten mit zwei Schichten, um auch im Notfall handlungsfähig zu bleiben. Die Impfungen im Mitarbeiterstamm des JSD werden vorangetrieben.

Die Fallzahlen im JSD seien aber unter den gegebenen Bedingungen stabil.

Er warte den Ausblick, dass nach der Corona-Pandemie auch in der Jugendhilfe die aufgelaufenen Versäumnisse in der Beziehungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen auflaufen werden und angegangen werden müssen. Auf Bundesebene der Jugendämter rechne man mit zusätzlich anfallenden Kosten von etwa einem Viertel.

8 Protokoll Jugendhilfeausschuss

Herr Dr. Schulte teilte mit, dass künftig Herr Broda nicht mehr das Protokoll führen werde.

Herr Ratzmann ergänzte, dass Herr Broda diese Aufgabe nicht mehr ausfüllen werde und die Protokollführung Aufgabe der neu besetzten Stelle der Jugendhilfeplanerin mit Frau Wolf sein werde. Da dies eine sehr aktuelle Entwicklung sei, obliege vertretungsweise Herrn Päsler die Protokollführung. Für einen Abschied im Ausschuss werde Herr Ratzmann Herrn Broda zu einer der nächsten Sitzungen einladen.

9 Mitteilungen und Anfragen

Frau Heide erkundigte sich nach der digitalen Anmeldung von Kindertagesstättenplätzen über Kita-online. Sie habe hierzu folgende Fragen:

- Gibt es eine aktuelle Auswertung der Anmeldezahlen?
- Wieviel Kinder haben bisher keinen Platz erhalten?
- Wieviel Anträge auf Ganztagsplätze sind nur mit einem Halbtagsplatz bedacht worden?
- Wie verhält es sich bei der Vergabe von Hortplätzen?

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich Frau Stomberg, Herr Schaarschmidt, Herr Ratzmann und Herr Koût.

Herr Ratzmann werde in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses dazu berichten.

Herr Ehlers merkte an, dass der gewählte Sitzungsbeginn 15.00 Uhr für die gewählten ehrenamtlichen Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter für Berufstätige nicht immer einzuhalten sei und bat, künftig dies zu berücksichtigen.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich Frau Heide, Herr Koût, Herr Schönfelder und Herr Dr. Schulte.

Ende des öffentlichen Teils: 17.44 Uhr

gez.

gez.

gez.

Schönfelder
Dezernent

Dr. Schulte
Vorsitzende/r

Päsler
Protokollführer/in